

N I E D E R S C H R I F T

über die Sitzung des

Kreistages

am Dienstag, dem 09. Januar 2007, 16.00 Uhr,
im Sitzungssaal Nr. 1 des Kreishauses in Cloppenburg

Anwesend:

I. Die Abgeordneten des Kreistages:

1. Kreistagsabgeordneter Gerhard Höffmann, Bösel, als Kreistagsvorsitzender
2. Kreistagsabgeordneter Rudolf Arkenau, Cappeln
3. Kreistagsabgeordneter Karl-Heinz Bley, Garrel
4. Kreistagsabgeordneter Theodor Borgmann, Emstek
5. Kreistagsabgeordneter Alfons Brinker, Hemmelte
6. Kreistagsabgeordneter Gerhard Bruns, Neuvrees
7. Kreistagsabgeordneter Josef Dobelmann, Bokah
8. Kreistagsabgeordneter Georg Drees, Garrel
9. Kreistagsabgeordneter Hartmut Frerichs, Harkebrügge
10. Kreistagsabgeordneter Wilhelm Freye, Cloppenburg
11. Kreistagsabgeordneter Peter Friedhoff, Huckelrieden
12. Kreistagsabgeordnete Marianne Fugel, Scharrel
13. Kreistagsabgeordneter Johannes Geesen, Barßel
14. Kreistagsabgeordneter Hans Götting, Angelbeck
15. Kreistagsabgeordneter Günter Graf, Friesoythe
16. Kreistagsabgeordneter Bernhard Hackstedt, Garrel
17. Kreistagsabgeordneter Hubert Hannover, Lastrup
18. Kreistagsabgeordneter Bernhard Hardenberg, Altenoythe
19. Kreistagsabgeordneter Georg Haupt, Neuenkämper
20. Kreistagsabgeordnete Marlies Hukelmann, Elbergen
21. Kreistagsabgeordnete Christa Huster-Klatte, Klein-Roscharden
22. Kreistagsabgeordneter Johannes Kalvelage, Halen
23. Kreistagsabgeordnete Constanze Korfhage, Cloppenburg
24. Kreistagsabgeordneter Paul Korthals, Sedelsberg
25. Kreistagsabgeordneter Heiner Kreßmann, Essen
26. Kreistagsabgeordneter Karl-Heinz Krone, Ikenbrügge
27. Kreistagsabgeordneter Antonius Lamping, Molbergen
28. Kreistagsabgeordneter Reinhard Lanfer, Bösel
29. Kreistagsabgeordneter Johannes Loots, Barßelermoor
30. Kreistagsabgeordnete Gudrun Lüdders, Cloppenburg
31. Kreistagsabgeordneter Martinus Meinerling, Bösel
32. Kreistagsabgeordneter Georg Meyer, Cloppenburg
33. Kreistagsabgeordneter Hans Meyer, Gehlenberg
34. Kreistagsabgeordnete Ursula Meyer, Emstek
35. Kreistagsabgeordneter Gregor Middendorf, Uptloh
36. Kreistagsabgeordneter Bernhard Möller, Friesoythe
37. Kreistagsabgeordneter Ludger Niehaus, Peheim
38. Kreistagsabgeordneter Alois Niemann, Benstrup

39. Kreistagsabgeordnete Ursula Nüdling, Barßel
40. Kreistagsabgeordneter Stefan Riesenbeck, Cloppenburg
41. Kreistagsabgeordneter Bernd Roder, Bösel
42. Kreistagsabgeordneter Leonhard Rosenbaum, Ramsloh
43. Kreistagsabgeordneter Hermann Schröer, Cloppenburg
44. Kreistagsabgeordneter Heinrich Schwarte, Liener
45. Kreistagsabgeordneter Dr. Franz Stuke, Cloppenburg
46. Kreistagsabgeordneter Wilhelm Tellmann, Sedelsberg
47. Kreistagsabgeordnete Julia Wienken, Schmerthem

II. Von der Verwaltung

Landrat Hans Eveslage, zugleich als Mitglied des Kreistages
Erster Kreisrat Frische
Ltd. Baudirektor Raue
Kreisverwaltungsrat Varnhorn
Kreisoberamtsrat Lanfermann
Verwaltungsangestellte Hachmann als Protokollführerin

Es fehlte entschuldigt:

Kreistagsabgeordneter Christoph Eilers, Cappel

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Kreistages am 02.11.2006
5. Umbenennung eines Vertreters für die
 - a) Verbandsversammlung des Oldenburgisch Ostfriesischen Wasserverbandes
 - b) Verbandsversammlung des Ems-Weser-Elbe Versorgungs- und Entsorgungsverbandes
6. Neuwahl von ehrenamtlichen Richtern für das Niedersächsische Obergericht
7. Erweiterung der Außenstelle des Albertus-Magnus-Gymnasiums am Standort des Schulzentrums Saterland in Ramsloh
8. Anträge auf Gewährung von Zuschüssen aus der Kreisschulbaukasse
 - a) an die Gemeinde Bösel für die Erweiterung der Haupt- und Realschule Bösel um einen Ganztagschulbereich
 - b) an die Stadt Lönningen für den Ausbau des Dachbodens in der Grundschule Wachstum
 - c) an die Gemeinde Molbergen für die Aufstellung eines mobilen Klassenraumes bei der Grundschule in Molbergen
 - d) an den Landkreis Cloppenburg für die Erweiterung der Berufsbildenden Schulen Technik in Cloppenburg
 - e) an den Landkreis Cloppenburg für die Errichtung von weiteren Allgemeinen Unterrichtsräumen beim Clemens-August-Gymnasium in Cloppenburg
 - f) an den Landkreis Cloppenburg für die Anmietung und den Ausbau von 2 weiteren Allgemeinen Unterrichtsräumen bei der Kreishandwerkerschaft in Cloppenburg
 - g) an den Landkreis Cloppenburg für die Schaffung von 2 Allgemeinen Unterrichtsräumen im Obergeschoss der Grundschule St. Andreas für die Einrichtung eines weiteren Zuges am Gymnasium Unserer Lieben Frau (Liebfrauenschule) in Cloppenburg
9. Antrag der Gemeinde Saterland auf Gewährung eines Zuschusses für die Schaffung eines Stellplatzes für das ABC-Fahrzeug des Landkreises
10. Antrag der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft auf Gewährung eines Zuschusses für die Ersatzbeschaffung eines Rettungs- und Arbeitsbootes
11. Antrag des Technischen Hilfswerkes (THW) auf Anerkennung der Tauchergruppe, Übernahme der Erstausrüstung und Gewährung eines Zuschusses
12. Vergabe von Wirtschaftsförderungsmitteln des Landkreises Cloppenburg
13. Weiterführung der „Niedersächsischen Mühlenstraße“
14. Bezuschussung der Psychologischen Beratungsstelle/Erziehungsberatungsstelle der Stiftung Edith-Stein für das Haushaltsjahr 2007

15. Antrag der „Kontaktstelle Musik“ im Landkreis Cloppenburg im Landesmusikrat Niedersachsen e.V. auf Weitergewährung eines Zuschusses für die Geschäftsführung
16. Antrag des Heimatbundes für das Oldenburger Münsterland auf Weitergewährung eines Zuschusses zu den Personalkosten für die Heimatbibliothek
17. Antrag des Postgeschichtlichen Museums Friesoythe e.V. auf jährliche Bezuschussung
18. Über- und außerplanmäßige Ausgaben
19. Kreditaufnahmen und Zinsanpassungen
20. Haushalt 2007
21. Anfragen zu den Niederschriften des Kreisausschusses
22. Anfragen
23. Mitteilungen
24. Einwohnerfragestunde

Vertraulicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Kreistagsvorsitzender Höffmann eröffnete die Sitzung und begrüßte alle Anwesenden.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Kreistagsvorsitzender Höffmann stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

3. Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde einstimmig in der vorliegenden Form festgestellt.

4. Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Kreistages am 02.11.2006

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Kreistages am 02.11.2006 wurde bei einer Stimmenthaltung einstimmig genehmigt.

5. Umbenennung eines Vertreters für die
a) Verbandsversammlung des Oldenburgisch Ostfriesischen Wasserverbandes
b) Verbandsversammlung des Ems-Weser-Elbe Versorgungs- und Entsorgungsverbandes

Auf Antrag des CDU-Fraktionsvorsitzenden Hermann Schröer stimmte der Kreistag einstimmig folgenden Umbenennungen zu:

Verbandsversammlung OOWV:

alt:		neu:	
Vertreter:	Landrat Hans Eveslage	Vertreter:	Leonhard Rosenbaum
Ersatzperson:	Erster Kreisrat Frische	Ersatzperson:	Erster Kreisrat Frische
Vertreter:	Bernhard Hackstedt	Vertreter:	Bernhard Hackstedt
Ersatzperson:	Leonhard Rosenbaum	Ersatzperson:	Georg Haupt

Verbandsversammlung Ems-Weser-Elbe Versorgungs- u. Entsorgungsverband:

alt:		neu:	
Vertreter:	Hartmut Frerichs	Vertreter:	Hermann Schröer
Ersatzperson:	Hermann Schröer	Ersatzperson:	Wilhelm Tellmann

6. Neuwahl von ehrenamtlichen Richtern für das Niedersächsische Obergericht

Sachverhalt: Vorlage-Nr.: KA-06-32
Kreisausschuss am 14.12.2006

Der Kreistag beschloss einstimmig, folgende Personen für die Neuwahl von ehrenamtlichen Richtern für das Niedersächsische Obergericht vorzuschlagen:

Anne Paschen, Cappel
Georg Meyer, Cloppenburg
Johannes Götting, Lönningen-Angelbeck
Christiane Schulte, Lindern

7. Erweiterung der Außenstelle des Albertus-Magnus-Gymnasiums am Standort des Schulzentrums Saterland in Ramsloh

Sachverhalt: Vorlage-Nr.: SCHUL-06-10
Schulausschuss am 21.11.2006
Kreisausschuss am 14.12.2006

Kreistagsabgeordneter Drees, Vorsitzender des Schulausschusses, trug den Sachverhalt vor.

Der Kreistag beschloss einstimmig, mit dem Neubau der Außenstelle des Albertus-Magnus-Gymnasiums in Ramsloh in der vom Architektenbüro AH – Architekten vorgeschlagenen Form mit der Ausnahme so bald wie möglich zu beginnen, dass die Außenfassade mit dem Einbau einer Raffstoreanlage kostengünstiger gebaut wird.

Der Kreistag stimmte ferner einstimmig der vom Bauausschuss empfohlenen Lösung bezüglich der Außenanlagen zu.

8. Anträge auf Gewährung von Zuschüssen aus der Kreisschulbaukasse

Sachverhalt: Vorlage-Nr.: SCHUL-06-11
Schulausschuss am 21.11.2006
Kreisausschuss am 14.12.2006

Kreistagsabgeordneter Drees, Vorsitzender des Schulausschusses, trug den Sachverhalt vor.

Der Kreistag beschloss einstimmig, folgende Zuschüsse aus der Kreisschulbaukasse zu gewähren:

der Gemeinde Bösel den anteiligen Zuschuss in Höhe von 174.400,00 € für die Erweiterung der Haupt- und Realschule Bösel um einen Ganztagschulzweig,

der Stadt Lönningen den anteiligen Zuschuss in Höhe von 3.400,00 € für den Ausbau des Dachbodens in der Grundschule Wachstum,

der Gemeinde Molbergen den anteiligen Zuschuss in Höhe von 17.800,00 € für die Aufstellung eines mobilen Klassenraumes bei der Grundschule in Molbergen,

dem Landkreis Cloppenburg den anteiligen Zuschuss in Höhe von 1.992.800,00 € für die Erweiterung der Berufsbildenden Schulen Technik in Cloppenburg,

dem Landkreis Cloppenburg den anteiligen Zuschuss in Höhe von 355.000,00 € für die Errichtung von weiteren Allgemeinen Unterrichtsräumen beim Clemens-August-Gymnasium in Cloppenburg,

dem Landkreis Cloppenburg den anteiligen Zuschuss in Höhe von 5.000,00 € für die Anmietung und den Ausbau von 2 weiteren Allgemeinen Unterrichtsräumen bei der Kreishandwerkerschaft in Cloppenburg,

dem Landkreis Cloppenburg einen Zuschuss in Höhe von 50.000,00 € für die Schaffung von 2 Allgemeinen Unterrichtsräumen im Obergeschoss der Grundschule St. Andreas für die Einrichtung eines weiteren Zuges am Gymnasium Unserer Lieben Frau (Liebfrauenschule) in Cloppenburg.

9. Antrag der Gemeinde Saterland auf Gewährung eines Zuschusses für die Schaffung eines Stellplatzes für das ABC-Fahrzeug des Landkreises

Sachverhalt: Vorlage-Nr.: PLA-06-08
Ausschuss für Planung und Umwelt am 28.11.2006
Kreisausschuss am 14.12.2006

Kreistagsabgeordneter Götting, Vorsitzender des Ausschusses für Planung und Umwelt, trug den Sachverhalt vor.

Der Kreistag beschloss bei 6 Stimmenthaltungen, den Antrag der Gemeinde Saterland auf Gewährung eines Zuschusses für die Schaffung eines Stellplatzes für das ABC-Fahrzeug des Landkreises Cloppenburg abzulehnen.

10. Antrag der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft auf Gewährung eines Zuschusses für die Ersatzbeschaffung eines Rettungs- und Arbeitsbootes

Sachverhalt: Vorlage-Nr.: PLA-06-09
Ausschuss für Planung und Umwelt am 28.11.2006
Kreisausschuss am 14.12.2006

Kreistagsabgeordneter Götting, Vorsitzender des Ausschusses für Planung und Umwelt, trug den Sachverhalt vor.

Der Kreistag beschloss einstimmig, aufgrund des vorliegenden Antrages der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft einen Zuschuss zur Ersatzbeschaffung eines Rettungs- und Arbeitsbootes in Höhe von 12.700,00 € zu bewilligen.

11. Antrag des Technischen Hilfswerkes (THW) auf Anerkennung der Tauchergruppe, Übernahme der Erstausrüstung und Gewährung eines Zuschusses

Sachverhalt: Vorlage-Nr.: PLA-06-10
Ausschuss für Planung und Umwelt am 28.11.2006
Kreisausschuss am 14.12.2006

Kreistagsabgeordneter Götting, Vorsitzender des Ausschusses für Planung und Umwelt, trug den Sachverhalt vor.

Der Kreistag beschloss einstimmig, den Antrag des Technischen Hilfswerkes (THW) auf Anerkennung der Tauchergruppe, Übernahme der Erstausrüstung und Gewährung eines jährlichen Zuschusses abzulehnen.

12. Vergabe von Wirtschaftsförderungsmitteln des Landkreises Cloppenburg

Sachverhalt: Vorlage-Nr.: PLA-06-11
Ausschuss für Planung und Umwelt am 28.11.2006
Kreisausschuss am 14.12.2006

Kreistagsabgeordneter Götting, Vorsitzender des Ausschusses für Planung und Umwelt, trug den Sachverhalt vor.

Der Kreistag beschloss einstimmig, Wirtschaftsförderungsmittel des Landkreises Cloppenburg

an die Stadt Cloppenburg für die weitere Erschließung des Gewerbegebietes Cloppenburg-West in Höhe von bis zu 160.000,00 € (= 10 %),

an die Gemeinde Saterland für die weitere Erschließung des Gewerbegebietes Nr. 43, Bollingen, Vottjeweg, R.-Diesel-Straße, in Höhe von bis zu 73.050,00 € (15 %),

an die Gemeinde Saterland für die Erschließung des neuen Gewerbegebietes in Strücklingen – Utende (Gewerbepark „Strücklingen – Nord“) in Höhe von bis zu 92.004,91 € (15 %),

an die Gemeinde Barßel für die weitere Erschließung des Gewerbegebietes III./IV. Hültenweg in Höhe von bis zu 37.275,00 € (15 %) und

an die Gemeinde Bösel für die Erschließung des Gewerbegebietes Petersdorf, 2. Bauabschnitt, in Höhe von 26.312,50 € (25 %)

zu bewilligen.

13. Weiterführung der „Niedersächsischen Mühlenstraße“

Sachverhalt: Vorlage-Nr.: PLA-06-13
Ausschuss für Planung und Umwelt am 28.11.2006
Kreisausschuss am 14.12.2006

Kreistagsabgeordneter Götting, Vorsitzender des Ausschusses für Planung und Umwelt, trug den Sachverhalt vor.

Der Kreistag beschloss einstimmig, der Weiterführung der „Niedersächsischen Mühlenstraße“ im Landkreis Cloppenburg zuzustimmen und die hierfür anfallenden Kosten entsprechend dem Finanzierungsplan der Mühlenvereinigung Niedersachsen/Bremen für den Landkreis Cloppenburg zu übernehmen.

14. Bezuschussung der Psychologischen Beratungsstelle/Erziehungsberatungsstelle der Stiftung Edith-Stein für das Haushaltsjahr 2007

Sachverhalt: Vorlage-Nr.: JH-06-10
Jugendhilfeausschuss am 05.12.2006
Kreisausschuss am 14.12.2006

Kreistagesabgeordneter Hannover, Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses, trug den Sachverhalt vor.

Der Kreistag beschloss einstimmig, der Psychologischen Beratungsstelle/Erziehungsberatungsstelle für 2007 einen Jahreszuschussbetrag in Höhe von 309.000,00 € zu gewähren.

15. Antrag der „Kontaktstelle Musik“ im Landkreis Cloppenburg im Landesmusikrat Niedersachsen e.V. auf Weitergewährung eines Zuschusses für die Geschäftsführung

Sachverhalt: Vorlage-Nr.: KUL-06-07
Ausschuss für Kultur und Freizeit am 07.12.2006
Kreisausschuss am 14.12.2006

Kreistagsabgeordneter Rosenbaum, Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Freizeit, trug den Sachverhalt vor.

Kreistagsabgeordneter Arkenau erklärte, die SPD-Fraktion stelle den Antrag, die Erhöhung des Zuschusses abzulehnen. Die Arbeit der Kontaktstelle Musik werde grundsätzlich nicht in Frage gestellt. Der Haushaltsansatz für die Ausgaben der Geschäftsstelle mit 3.700,00 E, was insgesamt 30 % der Gesamtausgaben ausmache, sei allerdings zu hoch und mit den Strukturen ähnlicher Institutionen nicht vergleichbar.

Kreistagsabgeordneter Schröer wies darauf hin, dass die Kontaktstelle Musik seit 5 Jahren bestehe und in dieser Zeit über 2.000 junge Leute an die Musik herangeführt habe. Wenn man im Haushalt den Einzelplan 4 betrachte, werde klar, dass es sinnvoll sei, in diesem Bereich ein Signal zu setzen. Die CDU-Fraktion bitte um Zustimmung zur Erhöhung des Zuschusses.

Kreistagsvorsitzender Höffmann ließ zunächst über den Antrag der SPD-Fraktion, den Zuschuss nicht zu erhöhen, abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
9 Ja-Stimmen
1 Stimmenthaltung
38 Nein-Stimmen

Der Antrag der SPD-Fraktion wurde daher mit Mehrheit abgelehnt.

Der Kreistag beschloss bei 9 Gegenstimmen und 1 Stimmenthaltung, der „Kontaktstelle Musik“ im Landkreis Cloppenburg im Landesmusikrat Niedersachsen e.V. einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 8.500,00 € zu gewähren.

16. Antrag des Heimatbundes für das Oldenburger Münsterland auf Weitergewährung eines Zuschusses zu den Personalkosten für die Heimatbibliothek

Sachverhalt: Vorlage-Nr.: KUL-06-08
Ausschuss für Kultur und Freizeit am 07.12.2006
Kreisausschuss am 14.12.2006

Stellv. Landrat Frerichs nahm an der Beratung zu diesem TOP nicht teil.

Kreistagsabgeordneter Rosenbaum, Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Freizeit, trug den Sachverhalt vor.

Der Kreistag beschloss bei 2 Gegenstimmen und 4 Stimmenthaltungen, dem Heimatbund für das Oldenburger Münsterland für die Jahre 2007 und 2008 den beantragten Zuschuss zu den Personalkosten für die Heimatbibliothek zu gewähren.

17. Antrag des Postgeschichtlichen Museums Friesoythe e.V. auf jährliche Bezuschussung

Sachverhalt: Vorlage-Nr.: KUL-06-09
Ausschuss für Kultur und Freizeit am 07.12.2006
Kreisausschuss am 14.12.2006

Kreistagsabgeordneter Rosenbaum, Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Freizeit, trug den Sachverhalt vor.

Kreistagsabgeordneter Graf sprach sich für eine Bezuschussung des Postgeschichtlichen Museums aus. Das Museum werde nicht nur von Besuchern aus der Stadt Friesoythe, sondern aus der ganzen Region angenommen und diene als Werbung für den Landkreis Cloppenburg. Eine vergleichbare Einrichtung gebe es im Landkreis Cloppenburg nicht. Man müsse daher auch nicht mit ähnlichen Anträgen rechnen. Er bitte darum, die Entscheidung auf Ablehnung des Antrages zu überdenken.

Kreistagsabgeordneter Schröder wies darauf hin, dass mit der Ablehnung des Antrages keinesfalls das Engagement der Betreiber des Museums untergraben werden solle. Es sei auch richtig, dass es kein vergleichbares Museum im Landkreis Cloppenburg gebe. Beachtet werden müsse aber, dass es viele kulturelle Einrichtungen gebe, die durchaus förderungswürdig seien und auch einen Antrag stellen könnten. Derartige Förderungen sollten den Städten und Gemeinden überlassen werden. Da die Kreisumlage so niedrig wie möglich gehalten werden solle, sei es logisch und konsequent, diesen Antrag abzulehnen.

Der Kreistag beschloss bei 10 Gegenstimmen und 1 Stimmenthaltung, den Antrag des Postgeschichtlichen Museums Friesoythe e.V. auf Gewährung einer jährlichen Bezuschussung in Höhe von 5.000,00 € abzulehnen.

18. Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Sachverhalt: Vorlage-Nr.: KA-06-37
Kreisausschuss am 14.12.2006
Kreisausschuss am 09.01.2007

Der Kreistag nahm die überplanmäßigen Ausgaben in Höhe von insgesamt 150.876,97 € und in Höhe von insgesamt 3.620.974,76 € zustimmend zur Kenntnis.

19. Kreditaufnahmen und Zinsanpassungen

Sachverhalt: Kreisausschuss am 09.01.2007

Der Kreistag nahm die Kreditaufnahme in Höhe von 3.870.000,00 € zustimmend zur Kenntnis.

Der Kreistag beschloss einstimmig die Aufnahme eines Kredits über 8,0 Mio. € zu den nachfolgenden Konditionen:

Zinssatz: höchstens 5,0 % p.a.
Tilgungssatz: bis zu 4 % p.a. zuzüglich ersparter Zinsen
Laufzeit: maximal 50 Jahre“

Der Landrat wird ermächtigt, einen entsprechenden Darlehensvertrag zu gegebener Zeit abzuschließen.

20. Haushalt 2007

Landrat Eveslage:

„Der Ihnen vorliegende Haushaltsentwurf 2007, den Ihnen der Kreisausschuss mehrheitlich bei drei Enthaltungen zur Beschlussfassung empfohlen hat, ist gründlich erarbeitet und ausführlich beraten worden.

Trotz gründlicher Vorarbeit lässt sich die Entwicklung nicht genau vorhersagen. Dies hat uns das vergangene Jahr deutlich gezeigt. Erst im November hat der Arbeitskreis Steuerschätzung die **Steuereinnahmen für das Jahr 2006** gegenüber der Maischätzung nach oben korrigiert. Gegenüber dem Ist-Steueraufkommen 2005 erhöht sich der Schätzung zufolge 2006 das gesamte Steueraufkommen aller Ebenen um 7,2 %.

Die **kommunalen Steuereinnahmen** weisen nach dieser Schätzung mit einem Zuwachs von 11,8 % den höchsten Zuwachs auf. Der gemeindliche Anteil an der Einkommensteuer nimmt dabei im Aufkommen um 8,4 % zu. Für den kommunalen Anteil am Aufkommen der Umsatzsteuer wird ein Zuwachs um 4,6 % erwartet.

Die Gewerbesteuer (netto) wird nach der Schätzung in den alten Bundesländern 2006 um 19,9 % und in den neuen Bundesländern um 17,4 % zunehmen.

Für das **Jahr 2007** geht der Arbeitskreis Steuerschätzung von einer gegenüber 2006 sehr deutlich abgeschwächten Zunahme der kommunalen Steuereinnahmen um nur noch 1,5 % aus.

Wie sicher diese Prognosen sind, wird sich erst zu einem späteren Zeitpunkt zeigen. Frühestens im April 2007 ist die endgültige Berechnung der Schlüsselzuweisungen im kommunalen Finanzausgleich möglich. Vorher ist jedoch noch eine Änderung des Niedersächsischen Finanzausgleichsgesetzes wegen der Sozialhilfeaufwendungen erforderlich. Wie der Sozialhilfefaktor künftig beim Finanzausgleich berücksichtigt werden soll, ist noch nicht bekannt.

Vor weiteren Überraschungen im Einzelplan 4 ist man nie sicher.
Z. B. geht es immer um die Erstattung im Quotalen System, bleibt die für den Landkreis Cloppenburg festgesetzte Quote bei 75 %?
Die endgültige Festlegung erfolgt erst im II. Quartal 2007.

Die vom Bundeskabinett am 05.11.2005 beschlossene Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft von 31,8 %, die wir unserem Haushaltsentwurf zugrunde gelegt haben, wird für Niedersachsen voraussichtlich niedriger ausfallen.

In welcher Höhe beteiligt sich das Land?

Bei der Planung wurde davon ausgegangen, dass die Ausgleichsleistungen mindestens so hoch sind wie 2006. Auch hierzu liegen noch keine Aussagen vor.

Mit einem Beschluss über den Haushalt 2007 kann man aber nicht warten, bis alle Unklarheiten ausgeräumt sind, denn dann ist unter Umständen erst ein Beschluss in der Mitte des Jahres oder zum Jahresende möglich.

Zudem besteht die gesetzliche Verpflichtung zur Aufstellung des Haushaltes vor Beginn des Haushaltsjahres. Wenn wir in diesem Jahr erst im Januar unseren Haushalt beschließen, dann deshalb, um das Ergebnis der Jahresrechnung zu berücksichtigen. Künftig werden wir versuchen, die Haushalte fristgerecht vor Beginn des jeweiligen Haushaltsjahres zu beschließen.

Das **Rechnungsergebnis 2006** liegt zwischenzeitlich vor.

Der **Verwaltungshaushalt 2006** ist ausgeglichen. Es ergibt sich sogar eine sogenannte „**Freie Finanzspitze**“ von **3.438.757,43 EUR**, die allerdings nicht ausreicht, um auf eine Nettoneuverschuldung zu verzichten.

Gegenüber dem Nachtrag ergaben sich u. a. folgende Verbesserungen:

<u>Mehreinnahmen</u> beim Quotalen System	1,2 Mio. EUR
und bei den Verwaltungsgebühren in Höhe von	0,5 Mio. EUR
Saldiert verringert sich der Zuschussbedarf bei der örtlichen Sozialhilfe in Höhe von	1,0 Mio. EUR
<u>Wenigerausgaben</u> ergaben sich	
bei der Jugendhilfe in Höhe von	0,2 Mio. EUR
im Einzelplan 2 – Schulen - in Höhe von	0,2 Mio. EUR
im Einzelplan 7 – Wirtschaftsförderung in Höhe von	0,2 Mio. EUR
und bei den Zinsausgaben – saldiert in Höhe von	0,1 Mio. EUR

Beim Jahresabschluss ergab sich im **Vermögenshaushalt 2006** jedoch ein **Finanzbedarf von 12,6 EUR**. In dieser Höhe waren Haushaltseinnahmereste zu bilden. Rund 8,7 Mio. EUR davon stammen aus der Kreditermächtigung 2006 und rund 3,9 Mio. EUR aus der Kreditermächtigung 2005. Über diesen Betrag haben wir inzwischen unter Tagesordnungspunkt 19 ein Darlehen aufgenommen.

Das Ergebnis 2006 ist besser als im Nachtragshaushalt erwartet, aber nicht gut genug, um zu der von uns allen angestrebten Reduzierung des nach wie vor zu hohen Schuldenstandes zu kommen.

Doch nun zum **Haushalt 2007**:

Der Ihnen jetzt vorliegende Entwurf des **Verwaltungshaushalts 2007** ist bei einer eingeplanten Senkung der Kreisumlage von 46 % auf 44 % ausgeglichen und weist eine „**Freie Finanzspitze**“ von **4.483.600,- EUR** aus.

Im Vergleich zur Veranschlagung im Nachtrag 2006 ist das trotz Senkung der Kreisumlage eine Verbesserung in Höhe von rd. 4,3 Mio EUR.

Die Steuerkraft unserer Städte und Gemeinden, die eine der Umlagegrundlagen für die Ermittlung der Kreisumlage ist, hat sich gegenüber dem Vorjahr um ca. 14,3 Mio. EUR erhöht und die Schlüsselzuweisungen als weitere Umlagegrundlage erhöhen sich voraussichtlich um ca. 2,6 Mio. EUR. Das betragsmäßige Aufkommen der Kreisumlage erhöht sich bei einem um 2 %-Punkte niedrigerem Hebesatz von 44 % gegenüber dem Vorjahr um rd. 5,3 Mio. EUR.

Auch in den Folgejahren haben wir – bei gleichbleibender Kreisumlage von 44 Punkten – ausgeglichene Verwaltungshaushalte, können aber die Vermögenshaushalte nur durch weitere Kreditaufnahmen ausgleichen.

Ich nenne nun die **Eckdaten des Haushalts 2007** des Landkreises:

- Das **Volumen des Verwaltungshaushalts** beträgt in Einnahme und Ausgabe rd. 164,4 Mio. EUR.
- Das **Volumen des Vermögenshaushalts** beträgt in Einnahme und Ausgabe rd. 31,8 Mio EUR.
- Die **Zuführung des Verwaltungshaushalts** an den Vermögenshaushalt beläuft sich auf 8,5 Mio. EUR, nach Abzug der Pflichtzuführung ergibt sich eine Nettozuführung oder „Freie Finanzspitze“ von 4,5 Mio. EUR.
- Zum Ausgleich des Vermögenshaushalts ergibt sich ein **Kreditbedarf** in Höhe von 6,2 Mio. EUR. Abzüglich der ordentlichen Tilgung von 3,6 Mio. EUR ergibt sich eine „**Nettokreditaufnahme**“ von 2,6 Mio. EUR.

Keine Nettoneuverschuldung und die Entschuldung zum Schwerpunkt der künftigen Haushaltskonsolidierung zu machen, waren die an den Landkreis gerichteten Forderungen des Niedersächsischen Ministers für Inneres und Sport im Zusammenhang mit der Genehmigung der Haushaltssatzung 2006. Dies ist trotz freier Spitze nicht ganz gelungen. Die Nettoneuverschuldung für 2007 beträgt – wie bereits erwähnt – 3,2 Mio. EUR.

Nun zum Haushalt 2007 im Einzelnen

Zunächst zu den **großen Einnahmeblöcken des Verwaltungshaushalts:**

Die Einnahmen aus **Verwaltungsgebühren** (Gr. 10) sowie **Benutzungsgebühren und ähnlichen Entgelten** (Gr. 11) belaufen sich 2007 auf insgesamt rd. 33,6 Mio. EUR. 2006 waren hierfür noch rd. 35 Mio. EUR veranschlagt. Von den Mindereinnahmen entfallen u. a. rd. 350.000,- EUR auf die Baugenehmigungsgebühren bzw. Verwaltungsgebühren nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz, weil hier im Laufe des Jahres mit einer Änderung der Allgemeinen Gebührenordnung bzw. der Baugebührenordnung gerechnet wird.

Unsere gesamten Einnahmen (Verwaltungs- und Vermögenshaushalt) aus dem **kommunalen Finanzausgleich** belaufen sich nach den jetzigen vorläufigen Berechnungen für 2007 auf insgesamt rd. 17,7 Mio. EUR (Vorjahr rd. 15,4 Mio. EUR).

Gegenüber der endgültigen Zuweisung für das Jahr 2006 bedeutet das eine Mehreinnahme von rd. 2,3 Mio. EUR.

Damit ist betragsmäßig der Stand von 2004 mit 17,8 Mio. EUR fast wieder erreicht. Bis der Stand von 2000 mit 29,4 Mio. EUR wieder erreicht ist, fehlen allerdings noch 11,7 Mio. EUR.

Das Aufkommen aus der **Kreisumlage** wird im Jahre 2007 voraussichtlich rd. 52,1 Mio. EUR betragen. Gegenüber dem Jahr 2006 mit rd. 46,8 Mio. EUR ist das ein höherer Betrag von rd. 5,3 Mio. EUR.

Nach Senkung des Umlagesatzes wird der Landkreis Cloppenburg vor dem Landkreis Vechta, der von 46 auf 45 % gesenkt hat, von den 38 Landkreisen in Niedersachsen den drittniedrigsten Umlagesatz anwenden.

Nun zu den **großen Ausgabeblöcken des Verwaltungshaushalts:**

Die **Personalausgaben** werden sich 2007 um 892.000,- EUR von rd. 30 Mio. EUR in 2006 auf rd. 30,9 Mio. EUR in 2007 erhöhen.

Für die Beschäftigten wurden die tariflich vereinbarten Einmalzahlungen, der Strukturausgleich und das Leistungsentgelt berücksichtigt. Für die Beamten wurde eine angekündigte Einmalzahlung und ein dem Beschäftigtenbereich entsprechendes Leistungsentgelt eingeplant. Weitere Mehrausgaben sind auf Neu- bzw. Ersatz Einstellungen, geplante Höhergruppierungen und Beförderungen im Beamten- und Beschäftigtenbereich sowie auf steigende Personalkosten in der Fleischhygiene aufgrund steigender Schlachtzahlen zurückzuführen. Minderausgaben sind durch die Absenkung von Sozialversicherungsbeiträgen und durch den Wegfall des Sanierungsgeldes bei der VBL zu verzeichnen.

2007 werden brutto 18,77 % der Ausgaben des Verwaltungshaushalts für Personal ausgegeben, die um verschiedene Erstattungen in Höhe von insgesamt 2,4 Mio. EUR zu reduzieren sind. Zieht man außerdem die Personalkosten für die kostendeckenden Einrichtungen Abfallentsorgung, Rettungsdienst und Fleisch- und Geflügelfleischkontrolle ab (für diesen Bereich sind das allein 10.781.700,- EUR) verbleiben Netto-Personalausgaben in Höhe von 16,6 Mio. EUR, das sind dann noch 10,1 % der Ausgaben des Verwaltungshaushalts.

Insgesamt stehen wir mit den Personalkosten im Vergleich zu anderen Landkreisen günstig da. Die Kreisverwaltung erbringt eine Vielzahl von Leistungen für die Bevölkerung und die Wirtschaft in unserem Landkreis Cloppenburg. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind motiviert und leistungsstark, und ihre Arbeit ist ihren Lohn bzw. ihr Gehalt wert.

Der **Zuschussbedarf für die Schulen** (gesamter Einzelplan 2) des Verwaltungshaushalts wird sich um 526.800,- EUR auf rd. 14,9 Mio. EUR erhöhen. 380.800,- EUR entfallen hiervon auf die Bewirtschaftungskosten (Gas und Strom) und 100.000 EUR auf die Schülerbeförderung.

Der **Zuschussbedarf für die „Soziale Sicherung“** (gesamter Einzelplan 4) des Verwaltungshaushalts erhöht sich um rd. 1,1 Mio. EUR auf rd. 37,5 Mio. EUR.

Für die **örtliche Sozialhilfe** ist für 2007 insgesamt ein Zuschussbedarf von rd. 19 Mio. EUR veranschlagt. Gegenüber 2006 ist das eine Minderausgabe von 932.800,- EUR. Ein Grund hierfür ist die Grundsicherung nach dem SGB II, wie eingangs bereits erwähnt, wird mit weniger Kosten der Unterkunft, höherer Bundesbeteiligung und höheren Ausgleichsleistungen vom Land gerechnet.

Der Zuschussbedarf in der **überörtlichen Sozialhilfe – Quotales System** – erhöht sich um 1,7 Mio. EUR auf rd. 27 Mio. EUR in 2007. Die Erstattungen durch das Land für das Quotale System werden um rd. 489.300 EUR auf rd. 26,1 Mio. EUR in 2007 steigen. Vorausgesetzt es bleibt bei der festgesetzten Quote ergibt sich gegenüber 2006 eine Verschlechterung in Höhe von rd. 1,2 Mio. EUR.

Der Zuschussbedarf für die **Jugendhilfe** steigt weiter, und zwar in 2007 um rd. 228.400 EUR von bisher rd. 11,6 Mio. EUR in 2006 auf rd. 11,8 Mio. EUR in 2007.

Landesweit zeigt sich ein Trend, dass die Kosten der Jugendhilfe in den Landkreisen sich den Kosten in den Großstädten angleichen.

Nun zum **Vermögenshaushalt**.

Die großen Ausgabeblöcke sind:

- | | |
|--|---------------------------|
| • Erwerb von Grundstücken (Gr. 932) | rd. 1,7 Mio. EUR |
| • Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens (Gr. 935) | rd. 2,0 Mio. EUR |
| • Baumaßnahmen (Gr. 94 – 96) | rd. 9,6 Mio. EUR |
| • Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Gr. 98) | rd. 15,0 Mio. EUR |
| • Tilgung von Krediten (Gr. 97) | <u>knapp 3,6 Mio. EUR</u> |
| zusammen | rd. 32,0 Mio. EUR |

Flächenankäufe sind 2007 für die Kompensationsflächenagentur, für den Kreisstraßen- und Radwegebau, für die Abfallentsorgung und für allgemeines Grundvermögen unter **Erwerb von Grundstücken** vorgesehen. Außerdem 1,0 Mio. EUR für den Erwerb des Finanzamtsgebäudes in Cloppenburg an der Bahnhofstraße.

Unter **Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens** sind Ausgaben für Beschaffungen und Erstausrüstungen für unsere Schulen und für das Medienzentrum von 1.248.300,- EUR vorgesehen. Auf Beschaffungen für die gesamte Verwaltung entfallen 436.000,- EUR.

Für die kommunale Geschwindigkeitsmessung werden 5.000,00 € ausgegeben, für Feuer-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst werden insgesamt 143.600,00 € benötigt, auf das Veterinäramt, die Fleisch- und Geflügelfleischhygiene entfallen 85.000,00 € und auf die Abfallentsorgung 70.000,00 €

Von den **Baumaßnahmen** in 2007 entfallen rd. 7,6 Mio. EUR auf Schulbaumaßnahmen, wobei der Neubau der Außenstelle in Ramsloh mit rd. 3,2 Mio. EUR und die Erweiterung des BBS Technik mit 2,5 Mio. EUR die größten Einzelpositionen sind.

Außerdem sind vorgesehen:

- | | |
|---|---------------|
| • Planungen und Pflegemaßnahmen in Natur- und Landschaftsschutzgebieten | 35.000,- EUR |
| • Kompensationsmaßnahmen | 41.000,- EUR |
| • Ausbau Abfalldeponie Sedelsberg | 200.000,- EUR |
| • Verbreiterung und Sanierung von Kreisstraßen | 800.000,- EUR |
| • Beseitigung von Unfallschwerpunkten | 15.000,- EUR |
| • Brückensanierungen | 50.000,- EUR |
| • Anpflanzungen an Kreisstraßen | 5.000,- EUR |
| • Sanierung von Radwegen | 250.000,- EUR |
| • Bau eines Anschlussradweges K 171 | 70.000,- EUR |
| • und K 160 Ausbau in der OD Lindern | 348.000,- EUR |

Nach dem **Finanzplan** ist der Verwaltungshaushalt auch in den Jahren 2008 bis 2010 ausgeglichen.

Die „**Freie Finanzspitze**“ beträgt
in 2008 – 3,6 Mio. EUR,
in 2009 – 3,9 Mio. EUR und
in 2010 – 3,4 Mio. EUR
immer bei gleich bleibendem Kreisumlagehebesatz.

Das Volumen des **Vermögenshaushalts** in den Finanzplanungsjahren verringert sich gegenüber 2007 um durchschnittlich 19,5 Mio. EUR. Wenn keine neuen Investitionen notwendig werden, was allerdings unwahrscheinlich ist, könnte in den Jahren 2008 bis 2010 mit der Entschuldung des Landkreises begonnen werden.

Die **Nettokreditaufnahme** beträgt für
2008 – minus 2,1 Mio. EUR
2009 – minus 3,1 Mio. EUR und
2010 – minus 2,6 Mio. EUR.

Diese erfreuliche Perspektive wird aber dadurch getrübt, dass wir in den nächsten Jahren mit weiteren Investitionen im Schulbereich und mit weiteren Kosten in der Kinderbetreuung zu rechnen haben, Kosten, die wir noch nicht in der Finanzplanung berücksichtigt haben.

Als kinderreichster Landkreis Niedersachsens haben wir zusammen mit unseren kreisangehörigen Städten und Gemeinden für die Kinderbetreuung höhere Kosten zu tragen als alle anderen Landkreise im Lande. Deshalb wäre es nur gerecht, wenn der sogenannte „demographische Faktor“ endlich in den Finanzausgleich des Landes eingeführt würde.

Dringend geboten im Finanzausgleich ist auch die Berücksichtigung der Fläche als Kosten verursachender Faktor. Die Koalitionsvereinbarung der Fraktionen von CDU und FDP im Niedersächsischen Landtag sieht u.a. vor, die gegenwärtigen Strukturen des Kommunalen Finanzausgleiches mit dem Ziel zu verändern, einen angemessenen Ausgleich für die Gebietskörperschaften in der Fläche zu erweitern. Diese politische Zusage ist noch nicht umgesetzt. Im Laufe der anstehenden Veränderungen für 2007 besteht in dieser Legislaturperiode letztmalig eine realistische Chance, diese Zusage einzuhalten.

Die Zuweisungen des KFA wachsen in 2007 um 475 Mio. € an. Auch deswegen besteht die Möglichkeit zur Strukturverbesserung, weil auch nach einer Veränderung keine Gebietskörperschaft weniger Finanzmittel als im Jahre 2006 erhalten wird.

In den Dienstbesprechungen der Bürgermeister und Hauptverwaltungsbeamten am 14.11.2006 und 12.12.2006 wurden die Eckdaten des Haushalts 2007 und die Höhe des künftigen Kreisumlagehebesatzes vorgetragen. Die Bürgermeister haben pauschal eine Senkung der Kreisumlage gefordert. Eine weitere, differenzierende Auseinandersetzung der Gemeinden mit dem Kreishaushalt ist mir nicht bekannt geworden.

Der Kreisausschuss hat Ihnen in seiner Sitzungen am 14.12.2006 mehrheitlich bei drei Enthaltungen die Annahme des Haushaltsplanes 2007 empfohlen.

Den Fraktionen, den Fachausschüssen des Kreistages und dem Kreisausschuss möchte ich für die umfangreichen Vorbesprechungen und erfolgreichen Beratungen danken. Die Verwaltung hat sich bemüht, Sie dabei möglichst umfassend zu unterstützen.

Sie, meine Damen und Herren Kreistagsmitglieder möchte ich nun um Ihre Zustimmung zu dem Entwurf des Haushaltsplanes 2007 bitten.“

Kreistagsabgeordneter Schröer – Stellungnahme der CDU-Fraktion:

„Der vorliegende Etat des Landkreises Cloppenburg für das Jahr 2007 weist einen ausgeglichenen Verwaltungshaushalt und dazu eine „Freie Spitze“ von über 4,4 Mio. € aus. Die Ansätze deuten auf einen positiven Trend hin, die Richtung stimmt, wenn auch die Finanzkraft des Landkreises noch nicht ausreicht, um ohne eine Kreditaufnahme auskommen zu können.

Die Kreditaufnahme wird in dem vorliegenden HH für das Jahr 2007 mit über 6 Mio. € ausgewiesen. Die Nettokreditaufnahme, also die nach den kalkulierten Zahlen zu erwartende Neuverschuldung wird, nach Abzug der Tilgung in Höhe von 3,6 Mio. €, mit über 2,6 Mio. € veranschlagt, womit wir eine Verschuldung von über 82 Mio. € ausweisen.

Eine Feststellung, die uns weiterhin, trotz der positiven Tendenz, stark beunruhigt.

Wir gehen davon aus, dass im Haushaltsvollzug alles getan wird, um nicht nur eine Nettokreditaufnahme zu verhindern, sondern dass eine Entschuldung schon im Ergebnis der Haushaltsrechnung für das Jahr 2007 und nicht erst für 2008 festgestellt werden kann.

Die Verschuldung des Landkreises nicht nur zu stoppen, sondern, soweit es auch in unserer Verantwortung und Zuständigkeit steht, für eine Reduzierung der Verschuldung zu arbeiten, ist für die CDU-Fraktion weiterhin ein sehr wichtiges Ziel. Das erwarten die Bürgerinnen und Bürger von uns und ist mit Blick auf die kommenden Jahre und die weiteren Aufgaben unabdingbar. Erst durch eine Entschuldung werden wir wieder die nötige Luft bekommen, um auch neue Aufgaben leisten zu können.

Ausschlaggebend für den sich abzeichnenden positiven Trend bei der Haushaltslage, übrigens nicht nur beim Landkreis, sondern Gott sei Dank auch bei den Kommunen – wenn auch leider in unterschiedlicher Ausprägung -, ist die wieder anspringende Konjunktur in unserem Lande und damit auch in unserem Landkreis. Es ist dringend notwendig, diesen positiven Trend zu stabilisieren. Dabei können wir, so haben wir es auch in den letzten Tagen wieder lesen können, auf einen sehr innovativen und vor allem seit Jahren prosperierenden Mittelstand setzen. Wir hoffen, dass die positiven Aussagen zum Wirtschaftswachstum nicht nur der so genannten Wirtschaftsweisen, sondern auch vieler Institute von Arbeitgeber- wie Arbeitnehmerseite eintreten. Wir erwarten, dass die herrschende Zuversicht von der Industrie bis zum Mittelstand auch umgesetzt und die erwarteten höheren Umsätze und Erträge auch zu **Investitionen in unserem Land** und damit zu mehr Arbeitsplätzen führen.

Wir als Kreistag haben die Verpflichtung mit unseren - zugegebenermaßen bescheidenen Möglichkeiten - diesen Trend zu fördern und nicht durch falsche Signale zu behindern. Daher war es für uns als CDU-Fraktion auch ein Gebot der Stunde, nach reiflicher konstruktiver Diskussion, die verbesserte Situation zu nutzen, um die Städte und Gemeinden durch eine **Senkung** der Kreisumlage auf (wieder) 44 %-Punkte an dieser Entwicklung teilhaben zu lassen. Damit ist aus unserer Sicht aber auch das **maximal mögliche** Entgegenkommen gezeigt worden. Weitergehende Forderungen sind nicht nur unrealistisch, sondern verkennen die noch finanziell sehr schwierige um nicht zu sagen kritische Lage, in der sich der Landkreis weiterhin befindet.

Es geht nicht an die Anforderungen und Ansprüche an den Kreis ständig zu erhöhen, sei es bei der Schaffung von Infrastruktur, im Bereich der Schulen und oder der Wirtschaftsförderung um nur einige Beispiele exemplarisch zu nennen und gleichzeitig die Bereitstellung der Mittel wie z.B. die Kreisumlage zu verweigern. Hier muss es ein ausgewogenes Miteinander geben.

Gleichzeitig geht es aber auch nicht an, und dazu werden wir ja heute noch Weiteres hören, bei einer sich auch nur leicht abzeichnenden Entschärfung der Finanzsituation, von Verbesserung kann ja nur indirekt gesprochen werden, **neue**, in ihrer Wirkung nicht absehbare aber auf jeden Fall sehr kostenintensive Forderungen aufzustellen.

Dazu gehört auch, dass wir als Kreistag nicht nachlassen in der – wiederholt von allen Fraktionen angemahnten - Forderung nach einer grundlegenden Finanzreform, die den Kommunen eine finanzielle Grundausstattung sicherstellt, die es ihnen erlaubt, die zugewiesenen Aufgaben auch zu erfüllen.

Ich danke dem Landrat, dass er in seinen Ausführungen dieses Thema so deutlich angesprochen hat und möchte es auch ausdrücklich und mit Nachdruck unterstützen, indem ich die Landesregierung auffordere das FAG jetzt mindestens in der Weise zu ändern, dass der ländliche Raum durch die Wiedereinführung des Flächenausgleichs bei der Berechnung der Finanzausgleichsleistungen einen Ausgleich erhält.

Es besteht in diesem Jahr eine große Chance, den von der damaligen SPD Regierung 1993 gemachten Kardinalfehler der Streichung des Flächenansatzes im FAG wieder gut zu machen.

Das würde auch dem Text der Koalitionsvereinbarung, in der es heißt Zitat:

„ Die Koalitionspartner wollen die gegenwärtigen Strukturen des kommunalen Finanzausgleichs mit dem Ziel verändern, die freien Mittel im kommunalen Finanzausgleich zu erhöhen und einen angemessenen Ausgleich für die kommunalen Gebietskörperschaften in der Fläche zu erreichen“ (Zitat Ende)

entsprechen.

Der Landrat hat uns sehr ausführlich und kompetent das Zahlenwerk vorgestellt. Wir hatten Gelegenheit, uns in der Fraktion und in den Fachausschüssen gründlich zu informieren, zu diskutieren und auch unsere Anträge zu den einzelnen Ansätzen zu stellen. Dies will ich hier im Einzelnen nicht wiederholen, sondern nur einige Schwerpunkt nennen.

Im Verwaltungshaushalt sind die Personal-Ausgaben mit 30,9 Mio. € ein Schwerpunkt. (Netto 16.6 Mio. nach Abzug der kostendeckenden / Zuschüsse)

Wir haben uns in den letzten Jahren, wie ich meine, sehr zurückhaltend und verantwortungsbewusst mit dem Thema Personal auseinandergesetzt. Bei Einstellungen und oder Beförderungen eine strikte Zurückhaltung geübt. Trotzdem kommt es – aus den verschiedensten Gründen, die wir in der Mehrzahl nicht direkt beeinflussen können – zu einer Steigerung um 892 T€. Wir sehen uns aber auch nicht imstande, wenn uns vom Landrat und der Verwaltung die Notwendigkeit für entsprechende Personalentscheidungen begründet vorgelegt wird, diesen grundsätzlich zu widersprechen. Wer diese und ähnliche Forderungen auch außerhalb des Kreistages wiederholt aufstellt, muss auch sagen, wie die Aufgabenerfüllung dann sichergestellt werden soll, sichergestellt werden kann. Wir möchten uns in dieser Hinsicht keine Vorwürfe machen lassen, was nicht bedeutet, dass wir nicht auch weiterhin diesen Bereich, die Entwicklung der Personalkosten und des Personaleinsatzes, sehr aufmerksam aber auch verantwortungsvoll verfolgen werden.

Mit großer Sorge, ich bin sicher, das gilt für uns alle, beobachten wir die Entwicklung im EP 4 und hier besonders im Bereich der Jugendhilfe.

Die Ausführungen der Vorjahre, die leider weiter Bestand haben, brauche ich nicht zu wiederholen. Doch wir sind davon überzeugt, dass die Lösung dieser gesellschaftlichen Probleme **nicht allein** in der Zuständigkeit der öffentlichen Hand und schon gar nicht in der Zuständigkeit eines Landkreises liegen kann. Hier gilt es eine gemeinsame gesellschaftspolitische Anstrengung vorzunehmen, die alle Schichten und Bereiche unseres Landes zu gemeinsamen Handeln veranlasst.

Das Erste und aus unserer Sicht Wichtigste ist, den Menschen, ob jung ob alt, eine Perspektive zu geben, und diese Perspektive muss in einem Ausbildungs- und später Arbeitsplatz bestehen. Dazu können wir **auch** als Landkreis helfen, die Voraussetzungen zu schaffen. Diese liegen in erster Linie in einer guten Ausbildung. Hier sind wir mit verantwortlich für die Vorhaltung der Infrastruktur, **dieser** kommen wir auch nach. Andere sind verantwortlich für die Bereitstellung von ausreichenden personellen Ressourcen in den verschiedenen Bildungseinrichtungen. Durch eine gezielte und dem örtlichen Bedarf gerecht werdende Wirtschaftsförderung und Standortpolitik können wir dazu beitragen, dass Ausbildungs- und Arbeitsplätze bei uns erhalten und möglichst neue geschaffen werden. Auch dazu leisten wir mit unserer Wirtschaftsförderung einen nicht unerheblichen Beitrag.

Dazu gehören auch unsere Beteiligungen am Eco-Park und am C-Port. Zu beiden Standorten gibt es keine Alternative und die Entwicklung in beiden Gebieten wird, einhergehend mit der beginnenden wirtschaftlichen Belebung zeigen, dass die Entscheidungen für die Verbesserung der wirtschaftl. Region richtig waren und sind.

Wir sind weiterhin und mit Nachdruck an einer Verbesserung der bedarfsgerechten Betreuung nach dem TAG in unserem Landkreis und zwar flächendeckend nach einem möglichst einheitlichen Standard interessiert. Wir sehen hier den Landkreis **gut** aufgestellt und sind sicher, dass zusammen mit den Städten und Gemeinden und der aus Vertretern der Beteiligten gegründeten Arbeitsgruppe ein für alle akzeptabler Vorschlag erarbeitet wird, der dann auch zügig zur weiteren Umsetzung der bedarfsgerechten Betreuung führen wird. Auch hier halten wir nichts von Aktionismus und vor allem nichts davon, die berechtigten Erwartungen der Betroffenen durch bewusste und oder unbewusste Verdrehungen der Tatsachen zu verunsichern und so vollkommen unnötig Ängste zu schüren. Wir sollten die Ergebnisse der Arbeitsgruppe abwarten. Danach die Ergebnisse im Fachausschuss diskutieren und beschließen, **um dann** die erforderlichen Gelder im Nachtragshaushalt bereitzustellen.

Wir teilen im Grundsatz die auch von der SPD mit vorgebrachte Sorge um den Zustand unserer Kreisstraßen. Wir glauben aber nicht, dass es durch eine pauschale Anhebung des HH- Ansatzes von 800 T€ auf 1 Mio. € automatisch zu einer Verbesserung kommt. Wir halten es für richtig, wie auch von der Verwaltung angekündigt, eine Verkehrsbereisung durchzuführen; danach die Prioritäten zu setzen und auch unter Beachtung des finanziell wie personell leistbaren über die Umsetzung weiterer Maßnahmen zu beraten **und** dann die notwendigen Mittel in den HH einzustellen.

Als weitere Pos. im Verw.-HH möchte ich die kritisierte Personalkostenbezuschung des Kinderschutzbundes ansprechen. Im Fachausschuss wurde diese Position sehr ausführlich und grundsätzlich diskutiert. Ich wiederhole hier unsere Aussage, dass wir zu der qualifizierten und motivierten Arbeit des Kinderschutzbundes stehen **und** zu der Zusage an den Kinderschutzbund, **dass dann**, wenn die Verhandlungen mit der Verwaltung abgeschlossen sind und die Notwendigkeit der Stelle begründet ist, wir die notwendigen Mittel auch bereitstellen. Bedauern kann ich nur, dass es, aus welchen Gründen auch immer, nicht rechtzeitig zum Abschluss der Verhandlungen gekommen ist.

Ein Blick in den Vermögens-HH zeigt, dass auch im kommenden Jahr im Bereich der Schulen der Schwerpunkt der Investitionen liegt und wir damit auch deutlich machen, dass wir unsere Verantwortung für die Vorhaltung einer guten Infrastruktur bei den Schulen gerecht werden. Neben der Erweiterung des Clemens August Gymnasiums, der Erweiterung der BBS – Technik in Cloppenburg, steht im kommenden Jahr die Umsetzung des Neubaus der Außenstelle des Albert – Magnus – Gymnasiums in Ramsloh an. Die Vorgehensweise von der Planung bis zur jetzt anstehenden Umsetzung der Neubaumaßnahme war verantwortungsvoll und im Ergebnis genau richtig. Richtig war und ist auch die Einsetzung einer Baukommission.

Für die geleistete Arbeit der Kommission möchte ich mich im Namen der Fraktion herzlich bedanken und sie weiter ermutigen, auch bei der anstehenden Umsetzung für das, was für einen ordentlichen Schulbetrieb erforderlich ist, einzustehen, aber auch auf die notwendige Sparsamkeit zu achten und dafür zu streiten. Richtig war es auch, den Haushaltsansatz im letzten HH nicht ohne Grund auf 1 Mio. € anzuheben, sondern erst die Planungen abzuschließen und nur die dafür notwendigen Haushaltsmittel auch in den Haushalt einzustellen. Alles andere führt nur zu einer unnötigen Aufblähung des HH, damit verbunden zu einer Erhöhung der Kreditaufnahme.

Und aus diesem Grund ist es auch richtig, bei den angemeldeten Investitionen im Bereich der Schule für Erziehungshilfe in Elisabethfehn zuerst die Beratungen und Beschlüsse vorzunehmen und dann die sich als erforderlich ergebenden Mittel in den HH, wenn nötig auch in den Nachtrags-HH einzustellen.

Wir unterstützen den Ankauf des Finanzamtgebäudes durch den Landkreis. Wir tun dies, weil wir vor allem überzeugt sind, dass sich das Grundstück und Gebäude für eigene Zwecke hervorragend eignet und weil wir damit die dringend notwendige Umsetzung des Neubaus des Finanzamtes in der Kreisstadt gefördert haben und somit den Behördenstandort auch für den Landkreis stärken. Gute Gründe, wie wir meinen, diesen Kauf vorzunehmen. Und ausdrücklich Dank an den Landrat für das Engagement in dieser Sache.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass der HH für 2007 eine grundsätzlich positive Tendenz aufzeigt, die es gilt weiter zu stärken, dass es nur wenig, aus unserer Sicht zumindest keine so gravierenden Kritikpunkte gibt, die eine Ablehnung des vorliegenden HH – Entwurfes begründen oder gar rechtfertigen würde.

Bedanken möchte ich mich für die stets aktuelle Information durch den Landrat und die Verwaltung zu dem umfangreichen Zahlenwerk, und bedanken möchte ich mich bei allen, die zur Erstellung des Haushaltes – hier möchte ich stellvertretend Herrn Lanfermann und Frau Pitann nennen - beigetragen haben und stets bereit waren, uns die Ansätze zu erläutern. Gerade nach einem Wechsel in der Zusammensetzung der Gremien gibt es bekanntlich erhöhten und intensiven Beratungsbedarf.

Für die CDU – Fraktion erkläre ich, dass wir dem Haushaltsplan nebst Anlagen und der Haushaltssatzung in der vorliegenden Form zustimmen werden und beantrage über den Beschlussvorschlag des Kreisausschusses vom 14.12.2006 zum Haushalt 2007 abstimmen zu lassen.“

Kreistagsabgeordneter Hans Meyer – Stellungnahme der SPD-Fraktion:

„Vorab möchte ich mich bei der Verwaltung für die geleistete Arbeit an diesem Haushaltsentwurf bedanken. Mein besonderer Dank gilt Herrn Lanfermann für die detaillierten Informationen in der Fraktionsberatung.

Der Landrat hat sich in seinen Ausführungen detailliert mit dem sehr umfangreichen Zahlenwerk von ca. 700 Seiten und den darin enthaltenen Einzelpositionen beschäftigt. Deshalb möchte ich mich, um Wiederholungen zu vermeiden, in meiner Stellungnahme zum Haushalt 2007 nur mit einigen wenigen Punkten des Haushalts auseinandersetzen.

Der Haushalt 2007 ist geprägt von positiven wirtschaftlichen Entwicklungen. Die anspringende Konjunktur hat sprudelnde Steuereinnahmen, insbesondere Gewerbesteuererinnahmen, zur Folge. Das wiederum führt zu einer Steigerung der Kreisumlage, so dass wir im Jahre 2007 kein strukturelles Defizit mehr ausweisen müssen, sondern erstmalig wieder eine höhere freie Spitze von ca. 4,5 Mio. € vorzeigen können. Das senkt unsere Nettokreditaufnahme auf ca. 3 Mio. €. Und die Erfahrung hat gezeigt, dass die Jahresrechnung 2007 aller Voraussicht nach ein noch besseres Ergebnis präsentieren könnte. Bei einer positiven Vorausschau ist es durchaus denkbar, dass wir im Jahre 2007 ohne Nettoneuverschuldung auskommen könnten, zumal sich der wirtschaftliche Aufwärtstrend fortsetzen dürfte. Diese Entwicklung könnte sich einstellen, obwohl wieder einmal neue zusätzliche Belastungen von Bund und Land auf die kommunale Ebene abgewälzt werden. Der Forderung nach einer Änderung des FAG kann ich mich anschließen. Zwar steigen die FAG-Mittel, weil auch das Land höhere Steuereinnahmen zu verzeichnen hat, aber die willkürlichen Entnahmen der letzten Jahre aus dem FAG-Topf (150 Mio. €) werden nicht wieder rückgängig gemacht.

Nach den Belastungen aus der Schulstrukturreform, deren Höhe dem Kreistag trotz mehrfachen Anmahns immer noch nicht mitgeteilt wurden, kam die Aufgabenverlagerung durch die Auflösung der Bezirksregierungen. Dann folgte die Einführung der kaufmännischen Buchführung DOPIK mit sehr hohen Verwaltungskosten. Die Kosten sind so hoch, dass sich das Land finanziell nicht in der Lage sieht, die DOPIK für ihren Bereich einzuführen. Das hindert die Landesregierung aber nicht daran, den Gemeinden und Landkreisen diese Kosten aufzubürden.

Jetzt folgt die nächste Kostenabwälzung durch die gesetzliche Verpflichtung der Kinderbetreuung für unter 3jährige. Vor dieser Aufgabe sollten wir aber, wenn auch die versprochenen Entlastungen für die Kommunen bislang nicht in der erhofften Höhe eingetroffen sind, nicht weglafen. Kinder sind unsere Zukunft. Deshalb ist es sinnvoll, für unsere Kinder eine flächendeckende, verlässliche, bezahlbare Kinderbetreuung, die ihren Namen auch verdient, sicherzustellen. Dies ist eine Kreisaufgabe. Auch wenn wir sie möglicherweise an die Gemeinden delegieren, darf sich der Kreis nicht aus der finanziellen Verantwortung stellen. Deshalb fordert die SPD-Fraktion die Einstellung eines Haushaltsansatzes von mindestens 200.000,00 € für 2007. Vor dem Hintergrund, dass das Pilotprojekt in Cloppenburg ausläuft und andere Kommunen entsprechende Angebote schon vorhalten oder vorhalten wollen, werden schon für 2007 vorausschaubar Kosten für den Landkreis entstehen und da entspricht es dem Grundsatz von „Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit“ schon jetzt einen entsprechenden Ansatz vorzusehen. Das wäre dann auch eine politische Willenserklärung.

Da ja nach Aussagen aller im Kreistag vertretenen Parteien Kinderbetreuung Priorität genießt, sollte man dies auch durch das Einstellen eines konkreten Betrages dokumentieren. Ansonsten nährt man den Verdacht, nur Worthülsen zu produzieren.

Zum Thema Kreisumlage:

Erlauben Sie mir zunächst einen Rückgriff auf das Jahr 2006. Sie erinnern sich, dass sich die SPD-Fraktion beim Haushalt 2006 gegen eine Kreisumlagerenerhöhung von 2 Prozentpunkten ausgesprochen hat. Ich zitiere aus meiner damaligen Haushaltsrede:

Zitat: „Insbesondere vor dem Hintergrund der anspringenden Konjunktur, die ein entsprechend höheres Steueraufkommen bringen und so natürlich auch den Kreishaushalt entlasten wird und vor dem Hintergrund, dass sicherlich auch an den Stellschrauben des ALG II gedreht werden wird, mit der Folge, dass weniger Ausgaben auf den Landkreis zukommen, halten wir eine moderate Erhöhung um einen Punkt für vertretbar.“ Zitat Ende.

Wir haben mit unserer damaligen Einschätzung recht behalten und konsequenterweise beim Nachtragshaushalt eine Senkung der Kreisumlage angemahnt. Vor diesem Hintergrund sind wir froh darüber, dass sich die CDU-Fraktion, nachdem sie ursprünglich wohl nur eine Senkung um einen Punkt ins Auge gefasst hatte, sich jetzt auch zu einer Senkung um zwei Punkte durchgerungen hat. Eine solche Senkung ist u.E. angesichts der anfangs angesprochenen Entwicklung durchaus vertretbar und insbesondere für die finanziell stark gebeutelten Nordkreisgemeinden ein positives Zeichen.

Das bedeutet für den Landkreis aber, dass er sich auch in Zukunft wird bescheiden müssen und sparsames Wirtschaften Priorität haben muss. Angesichts dessen möchten wir noch einmal an unseren Antrag aus dem Jahre 2006 erinnern, eine Arbeitsgruppe bestehend aus einem externen Unternehmensberater, aus Vertretern der Kreisverwaltung, der Städte und Gemeinden sowie politischen Vertretern einzurichten. Ziel dieser Arbeitsgruppe sollte es sein, effizienteres Verwaltungshandeln zu ermöglichen und die strukturellen und finanziellen Verflechtungen zwischen Städten und Gemeinden einerseits und dem Landkreis andererseits neu zu gestalten.

Weiterhin nicht angegangen wurden auch unsere Anträge zum Umgang mit den Zweckverbänden. U.E. muss die Mitgliedschaft im Zweckverband ETT in Frage gestellt werden, die beiden Gewerbeparks eco-park und c-port sollten in der Geschäftsführung vernetzt werden, um Synergieeffekte zu nutzen bzw. um Personal- und Sachkosten einzusparen. Auch über Kürzungen beim Zweckverband OM sollte nachgedacht werden. Des weiteren sind die Komplexe der Personalkostenentwicklung bzw. Bürokratieabbau u.E. noch nicht ausreichend angegangen worden.

Lassen Sie mich zum Vermögenshaushalt kommen.

Schwerpunkt hier sind wieder einmal die Schulneubauten. Die sind wichtig und notwendig für eine gute Ausbildung unserer Kinder. So wird endlich der Neubau des gymnasialen Standorts im Nordkreis verwirklicht, eine Verselbständigung der Schule ist angekündigt. Die Erweiterung des CAG wird zum Abschluss gebracht und an den berufsbildenden Schulen wird weiter investiert. Wo wir allerdings noch mehr tun müssen, ist die Förderschule für Erziehungshilfe, wo durch Umschichtung bzw. durch Neuveranschlagung im Nachtragshaushalt neuer Schulraum für einen geordneten Schulbetrieb hergerichtet werden muss.

Eine Position, die wir unterrepräsentiert sehen, ist die Sanierung von Kreisstraßen. Angesichts der Tatsache, dass immer mehr Kreisstraßen in einem sehr schlechten Zustand sind, sollten wir u.E. mehr in die Sanierung und Unterhaltung unserer Straßen investieren. Rechtzeitige Investitionen ersparen hier Kosten für späteren Neubau wegen irreparabler Schäden und sind deshalb wirtschaftlich. Wir beantragen hier den Ansatz für die Sanierung um 200.000,00 € zu erhöhen.

Um uns nicht dem Vorwurf auszusetzen, wir würden vom Sparen reden, aber nur zusätzliche Ausgaben beantragen, weisen wir zum Schluss auf eine Position hin, für die wir u.E. zuviel Geld ausgeben. 1 Mio. € für den Erwerb des Finanzamtsgebäudes halten wir für überhöht. Wir erhalten für diesen Preis nur ein kleines Grundstück mit einem unter Denkmalschutz stehenden Gebäude, das für uns so kaum nutzbar ist. Es werden erhebliche Summen für die Sanierung und Nutzbarmachung benötigt, die künftige Haushalte belasten. Deshalb sind wir der Meinung, dass wir unter den gegebenen Umständen von einem Ankauf absehen sollten. Sollte sich zukünftig weiterer Raumbedarf für das CAG ergeben, sollte man nach unserer Meinung angesichts der positiven Erfahrungen mit dem Gymnasium im Nordkreis eher über gymnasiale Angebote in bestehenden Räumlichkeiten in Garrel oder Emstek nachdenken.

Die SPD-Fraktion hat einige konkrete Forderungen an den Haushalt 2007 gestellt, die ich hier aufgelistet habe. Sie sind in den politischen Gremien im Vorfeld durch die Mehrheitsfraktion abgelehnt worden. Wir sehen uns daher nicht in der Lage, diesem Haushalt zuzustimmen.“

Kreistagsabgeordnete Lüdders – Stellungnahme der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

„Rosiger sind die Zeiten nicht geworden, auch wenn sich Ende 2006 ein unerwarteter und erfreulicher Geldsegen einstellte. Ca. 7 Mio. € standen uns nach den Berechnungen der Verwaltung im Haushaltsansatz 2007 mehr zur Verfügung. Was hätten wir damit alles machen können?

Zu Beginn meiner Rede möchte ich kurz exemplarisch auf zwei Bereiche eingehen, weitere folgen im Rahmen dieser Rede.

1. Wir hätten Straßen und Brücken sanieren können. Wir hätten Radwege sanieren und bauen können (siehe heutigen Bericht Saterland in einer Tageszeitung). Maßnahmen, die wir aus Geldmangel bisher verschoben haben. Wir hätten mit diesem Vorgehen Geld sparen können, weil wir damit größere Schäden hätten vermeiden können, Schäden, deren Behebung ein mehrfaches an Geld kosten wird und Schulden, die wir hätten vermeiden können.
2. Weitere Möglichkeiten, um Schulden in der Zukunft zu vermeiden, sind Investitionen in die Lebensmöglichkeiten unserer Bürgerinnen und Bürger. Wir hätten die Bedingungen für junge Familien verbessern können. Dazu gehört der flächendeckende Ausbau der Kinderbetreuung zu gleichen Bedingungen im gesamten Landkreis. Denn nur so ist es möglich, junge Familien in ihrer Lebensgestaltung und –planung zu fördern, so haben sie eine wirtschaftlich gute Zukunftsperspektive im Landkreis Cloppenburg.

Doch von den 7 Mio. € sind nur noch die Hälfte da, da die Mehrheitsfraktion des Kreistages die Kreisumlage um zwei Punkte gesenkt hat. So hat sie es in ihren Fraktionsberatungen zum Haushalt 2007 beschlossen und über die Zeitungen veröffentlicht. Wir bedauern diese Form der Informationswege an die Fraktionen im Kreistag.

Die Begründung für die Senkung ist ehrenwert: Städte und Gemeinden sollen dieses Geld im eigenen Haushalt für eigene Projekte und Pläne einsetzen können. Ich frage Sie, sind die oben beispielhaft genannten Maßnahmen nicht Investitionen, die den Gemeinden und Städten zugute kommen und sie in ihrer wirtschaftlichen Attraktivität unterstützen?

Soviel zu den Vorstellungen, die wir in unserer kleinen Fraktion geträumt haben.

Auch für diesen Haushalt – ebenso wie für die vorherigen – gilt für unsere kleine Fraktion der Grundsatz der praktizierten Nachhaltigkeit: Die Gelder, die zur Verfügung stehen, müssen so effektiv und wirkungsvoll eingesetzt sein, dass sich durch ihren Einsatz höhere Folgekosten in der Zukunft verhindern. Das ist für uns praktizierte Nachhaltigkeit.

Auf den Landkreis Cloppenburg umgesetzt lautet die Fragestellung:

In welchen Bereichen können wir nachhaltig und zukunftsfähig für diesen Landkreis Politik gestalten? Wie können wir die Lebensbedingungen für die Bürgerinnen und Bürger so beeinflussen, dass der Landkreis ein attraktiver zukunftsfähiger Lebensort ist?

Uns fallen da Stichworte ein wie

- a) Kinderbetreuung, Maßnahmen im Bereich der Frühförderung, Maßnahmen im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
- b) Bewirtschaftung der Gebäude
- c) Bildung (Schülerbeförderung, ÖPNV)
- d) Arbeit – Wirtschaft – Verkehr im Landkreis Cloppenburg
Wirtschaftsförderung - Gewerbegebiete – Transport
- e) Kultur / Freizeit

Kinderbetreuung, Maßnahmen im Bereich der Frühförderung, Maßnahmen im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe:

Kinderbetreuung bedeutet gerade für uns, Familien einen Lebensunterhalt und einen angemessenen Lebensstandard zu sichern. Denn nur, wenn auch Frauen mit Kindern Möglichkeiten haben, einer beruflichen Tätigkeit nachzugehen, können sie ihre beruflichen Qualifikationen der Gesellschaft zur Verfügung stellen. Das bedeutet, dass wir ein lückenloses flächendeckendes Angebot für Kinder jeden Alters schaffen und vorhalten müssen.

Jetzt gibt es an dieser Stelle zwei Ansätze:

- a) Der Landkreis arbeitet präventiv und handelt offensiv und schafft so Anreize für berufliche Tätigkeiten von Frauen und Männern, die Betrieben als Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Ein Anreiz für die Betriebe, sich im Landkreis anzusiedeln und damit die wirtschaftliche Kraft im Landkreis zu stärken.
- b) Der Landkreis wartet, bis Notwendigkeiten entstehen oder Anforderungen an ihn herangetragen werden. Er reagiert defensiv, stellt damit eine Behinderung für die Aufnahme von beruflichen Tätigkeiten dar und verhindert in der Folge die Ansiedlung von Betrieben, da die sog. „weichen“ Standortfaktoren nicht gegeben sind.

Unser Nachbarlandkreis Emsland ist an dieser Stelle ein ganzes Stück voraus. Er hat zusammen mit der Wirtschaft ein **Bündnis für Familien** gegründet. In diesem Falle ist Abgucken erlaubt, und es gilt der Satz aus der Kultsendung Sesamstraße: Wer nicht fragt, bleibt dumm!

Die Zahl der Kindesmisshandlungen, die Verhaltensauffälligkeiten bis hin zu Störungen, die steigende Gewaltbereitschaft in der Schule und in der Freizeit und die sehr stark steigenden Zahlen von hilfesuchenden Kindern / Jugendlichen und Eltern in den Beratungsstellen sind für uns ein Signal, das bei uns alle Alarmglocken klingeln lässt. Steigende Zahlen im Bereich der Frühförderung, steigende Fallzahlen in der Familienbetreuung und der Jugendhilfe ergänzen das düstere Bild über das Familienleben im Landkreis Cloppenburg. Es schreit geradezu nach vermehrten Angeboten im familiären und außerfamiliären Bereich und nicht nach Kürzungen bei Institutionen, die sich dieser Aufgabe widmen wie zum Beispiel beim Kinderschutzbund im Landkreis Cloppenburg. Eine Hilfestellung für Familien bzw. deren Förderung sind u.E. keine Erhöhung von Kindergeld, Steuernachlässen oder Elterngeld, sondern die schnelle Hilfe für Familien. Auch hier müssen wir das Rad nicht neu erfinden.

In den letzten fünf Jahren haben sich die Ausgaben in diesem Bereich von 5,5 Mio. € auf nicht ganz 12 Mio. € verdoppelt. Sollen wir 2011 hier einen Haushaltsansatz von 25 Mio. € haben? Wir hätten da eine andere Idee: Rufen wir eine kompetente Runde ins Leben, die zusammen mit dem Landkreis über präventive Maßnahmen nachdenkt und erste Ansätze erprobt.

Ein Bereich, in dem wir Geld sehr wirkungsvoll zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger hätten einsetzen können.

Bewirtschaftung der Gebäude / Beitrag zum Klimaschutz:

Die Kosten für die Bewirtschaftung der kreiseigenen Gebäude und Schulen steigen in unliebsame Höhen. Waren es in der Rechnung 2005 noch 812.000 €, so sieht der Haushalt 2007 im Ansatz schon 1.148.100 € vor. Das ist eine Steigerung von 30 % oder 335.900 €. Das zeigt einmal mehr, wie notwendig ein effektiver Umgang mit den uns zur Verfügung stehenden Ressourcen ist. Der Landkreis Cloppenburg hat in den letzten Jahren aber verpasst, die notwendigen Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz zu planen und umzusetzen. Vor dem Hintergrund der sich anbahnenden Klimakatastrophe – siehe dieser „Winter“, der uns aufgrund der warmen Temperaturen evtl. im Haushaltsansatz bleiben lässt (was uns in unserer Fraktion sehr stark beunruhigt und nachdenklich stimmt) – und auch aus monetären Gründen ist ein unverzügliches Umdenken und Handeln im Bereich Energie nötig. Auch hier hätten wir einen Teil des unerwarteten Geldsegens zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger nachhaltig gut einsetzen können.

Arbeit – Wirtschaft – Verkehr im Landkreis Cloppenburg Wirtschaftsförderung – Gewerbegebiete - Transport

Ein Beispiel für nicht praktizierte Nachhaltigkeit – wir sagen es immer wieder – ist für uns der eco-park. Wertvolle Ackerböden mussten zugunsten einer nicht benötigten Gewerbefläche weichen. Diese Umweltzerstörung lässt sich nicht mehr rückgängig machen. Ebenso verantwortungslos empfinden wir die jährliche Zahlung der Umlage von 252.000 € an den Zweckverband. Sie sind wahrlich in den besten Ackerboden des Landkreises gesetzt. Leider wachsen dort keine Geldbäume. Und von dem König im Märchen, der sich wünschte, dass alles, was er berührte, zu Gold wurde, wissen wir, dass er eines elenden Todes gestorben ist. Klar, wir sind per Vertrag gebunden, wie auch andere Städte und Gemeinden. Doch stellt sich nach so vielen Jahren mangelnden Interesses die Frage, ob hier nicht eine Fehlentscheidung vorliegt (wir sind davon überzeugt). Wir fordern erneut, über die Korrektur dieser Fehlentscheidung nachzudenken und den Einstieg in den Ausstieg aus dem eco-park zu beginnen.

Dagegen unterstützen wir die Investitionen in den c-port. Unserer Auffassung nach verfolgen wir hier den richtigen Ansatz von Wirtschaftsförderung, denn über die Anbindung an den Wasserweg, die Eisenbahn und die Straße als Transportwege haben wir zukunftsfähige Strukturen für die wirtschaftliche Entwicklung. Zur Ruhe setzen können wir uns nicht, wir müssen weiter am Ausbau von alternativen Verkehrswegen arbeiten.

Immer noch warten wir auf ein neues Konzept von Wirtschaftsförderung. Wir geben die Hoffnung nicht auf, dass wir in unserem Landkreis ein modernes Konzept von Wirtschaftsförderung bekommen.

Bildung (Schülerbeförderung, ÖPNV):

Das Jahr 2006 endete mit einem tragischen Unfall auf dem Bahnhofsvorplatz in Cloppenburg. Es musste erst soweit kommen, bis sich alle Verantwortlichen zusammensetzten, um zunächst eine provisorische Lösung zu finden. Es geht also – und das ist gut so. Schade nur, dass erst ein Kind sterben musste, bis wir zum Entscheiden und Handeln gekommen sind. Wir sind nun gefordert, an der mittel- und langfristigen Lösung zu arbeiten. Der Tod des Jungen möge uns dabei als Ermahnung ständig präsent sein. Wir müssen unseren Schülerinnen und Schülern ermöglichen, ihre gewünschten Schulformen zu erreichen. Im Sinne einer realen Chancengleichheit sollte dieses Angebot für alle Schüler kostenfrei sein. Jede Selbstbeteiligung in der Sek. II sollte wegfallen. Wir wünschen uns für unseren Landkreis Schulen, die unsere Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene zum lebenslangen Lernen motivieren. Finanzielle Mittel, die Schulen für diese Aktivitäten brauchen, sollten wir zur Verfügung stellen.

Nachhaltiges Handeln in diesem Bereich bedeutet:

Für Bildung lohnen sich Schulden in der Gegenwart, denn sie rentieren sich in der Zukunft durch gut ausgebildete Einwohnerinnen und Einwohner. Auch dafür hätten wir einen Teil des Geldsegens einsetzen können.

Kultur / Freizeit:

So leid es uns tut: für einzelne Projekte im kulturellen Bereich wie Heimatbibliothek, Postgeschichtliches Museum, Monumentendienst oder die Kontaktstelle Musik ist der finanzielle Rahmen völlig ausgeschöpft. Weitere Erhöhungen in diesem Bereich halten wir für nicht möglich. Ähnliches gilt für den Bereich Sport und Freizeit. Angesichts der finanziellen Situation ist nicht alles Wünschenswerte umsetzbar, auch wenn es noch so sinnvoll ist.

Zusammenfassend möchte ich für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen in Anlehnung an Martin Luther King anmerken, dass wir einen Traum haben für den Landkreis Cloppenburg:

Wir haben einen Traum, dass

- im Landkreis Cloppenburg alle Menschen unter guten Bedingungen zufrieden und im Frieden miteinander leben
- die Bürgerinnen und Bürger für sich und ihre Kinder eine wirtschaftliche Zukunft im Landkreis Cloppenburg sehen, an der sie aktiv mitgestalten können und für die sie sich verantwortlich fühlen
- die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises in ihrer Lebensplanung Unterstützung erfahren und sich bei Schwierigkeiten im familiären und beruflichen Bereich in diesem Landkreis gut beraten fühlen
- Lehrer und Schülerinnen und Schüler gerne zur Schule gehen, weil sie auf dem Schulweg sicher sind, weil sie in der Schule Räume für verschiedene Unterrichts- und Freizeitaktivitäten haben, weil sie in einer entspannten, gewaltfreien und toleranten Atmosphäre arbeiten und lernen können
- die politisch Verantwortlichen in Gemeinden, Stadträten und im Kreistag vorausschauend und kompetent zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger entscheiden und ihre Verantwortung gegenüber Mensch / Natur und Umwelt wahrnehmen

Weniger poetisch gesagt, kann man sagen, dass dies die politische Willenserklärung der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen für die nächsten fünf Jahre ist. Wir halten diese Träume für lebenswert und werden nichts unversucht lassen, sie umzusetzen.

Ich danke der Verwaltung für die viele Mühe und Arbeit beim Erstellen des Haushaltsplanes, für die Geduld beim Beantworten von Fragen und allen anderen danke ich für das Zuhören.“

Kreistagsabgeordneter Meinerling – Stellungnahme der FDP-Fraktion:

„Heute haben wir über den Haushalt des Landkreises Cloppenburg für das Haushaltsjahr 2007 zu beschließen. Das Zahlenwerk ist uns gerade ausführlich durch unseren Landrat erklärt worden. Ich möchte dazu ein paar grundsätzliche Anmerkungen machen:

Ich glaube, wir sind alle froh, dass die Zahlen für die mittelfristige Finanzplanung, die wir vor 2 Jahren annehmen mussten, nicht Wirklichkeit werden. Dort waren wir noch von einem Fehlbedarf von über 24 Mio. € im Jahre 2008 ausgegangen. Dies wird nach den jetzigen Zahlen so nicht eintreten.

Manche Ansätze in diesem Kreishaushalt scheinen ein wenig willkürlich gemacht worden zu sein. Man gewinnt immer wieder mal den Eindruck, dass die Ansätze dem vorher festgeschriebenen Ergebnis geschuldet sind. Besser wäre es, das Ergebnis aus den Ansätzen zu entwickeln. Für die FDP-Fraktion bleibt die Hoffnung, dass sich dieser Eindruck nicht bewahrheitet.

Allerdings fällt es der FDP auch schwer, diesen Haushalt unter dem Strich abzulehnen. Mit einer freien Spitze von ca. 4,5 Mio. € stehen wir aber nur vordergründig betrachtet gut dar. Es besteht aber beileibe kein Grund zur Euphorie. Viele von uns haben sich angesichts des kräftigen Überschusses mehr Investitionen gewünscht. Ansatzpunkte dafür wären genug vorhanden. Stellvertretend nenne ich hier die Sanierung der Brücken und den Straßenbau.

Aber wir glauben, dass es ebenso wichtig ist, unsere Schulden weiter abzubauen, damit wir auch in Zukunft noch handlungsfähig bleiben. Weiter Sparen ist also angesagt. Schuldenabbau wird eine Priorität der nächsten Jahre sein.

Sorge machen uns auch die um fast 43 % gestiegenen Energiekosten.

Die Höhe der Kreisumlage hat bei den positiven Zahlen im Verwaltungshaushalt zu lang anhaltenden Diskussionen geführt. Wir unterstützen den Antrag, die Kreisumlage um 2 Punkte zu senken. Wir haben ja im letzten Jahr gegen die Erhöhung der Kreisumlage gestimmt. Heute kann ich feststellen: Wir hätten sie nicht nötig gehabt. Die gleichen Argumente, die seinerzeit für eine Erhöhung sprachen, gelten jetzt für die Senkung. Ich glaube, dass die Senkung um 2 Prozentpunkte eine ausgewogene Lösung zwischen den Interessen des Landkreises einerseits und den berechtigten Wünschen der Städte und Gemeinden andererseits ist.

Bei der Wirtschaftsförderung ist es richtig und wichtig, die Streuförderung nach dem Gießkannenprinzip umzubauen. Dies ist ja schon im letzten Jahr angekündigt und auch diskutiert worden. Wir brauchen die gezielte einzelbetriebliche Förderung für die Betriebe und Unternehmen, die neue Arbeitsplätze schaffen wollen. Und das muss natürlich auch für bereits bestehende Betriebe gelten, welche sich entwickeln wollen. In diesem Punkt unterstützt die FDP-Fraktion ausdrücklich die Position des Landrats.

Ein ganz besonders wichtiges Thema ist für die FDP der bedarfsorientierte Ausbau der Kindertagesbetreuung. Angesichts der fehlenden Haushaltsmittel im Haushaltsplan 2007 haben wir uns gefragt, „Wird das denn noch was in diesem Jahr?“ Genauso wichtig wie die Mittel sind natürlich auch die Inhalte. Hier sind andere Landkreise in Niedersachsen schon sehr viel weiter. Wir haben hier einen großen Nachholbedarf. Es wird nicht ausreichen, die Betreuung der unter Dreijährigen durch frei werdende Kindergartenplätze zu ermöglichen. Dort gibt es zudem einen erheblichen Interessenstreit mit vielen Tagesmüttern.

Wir dürfen diesen kleinen Zellen der Kinderbetreuung – letztlich sind das allesamt gar kleine Unternehmen – nicht zerstören. Im Gegenteil, die Tagesmütter-Initiativen müssen besser unterstützt werden. Öffentlich geförderte Betreuungsangebote müssen privaten Tagesmütter-Einrichtungen annähernd gleich gestellt werden. Tagesmütter können nämlich vielfach flexibler auf den steigenden Bedarf reagieren.

Was wir auch dringend brauchen, ist die Vernetzung der Angebote von Schulen, Kindergärten und Tagesmüttern. Es wäre ein großer Schritt nach vorne, wenn in allen Städten und Gemeinden des Landkreises Familienbüros installiert würden. Sie müssten in erster Linie die Aufgabe haben, Ansprechpartner zu sein und alle Betreuungsangebote vor Ort zu organisieren. Auch ist zu überlegen, ob wir an dieser Stelle die Betriebe und Unternehmen mit ins Boot holen sollten. Hiervon könnten beide Seiten profitieren. Der Ausbau der Kindergärten für Ad-hoc-, Ferien-, Nachmittags- oder Abend-Betreuung ist auszubauen, aber vor allem koordiniert anzubieten.

Für den Aufbau solcher Strukturen stellt das Land Niedersachsen ja bekanntlich 4 Jahre lang jährlich 25 Mio. € zur Verfügung. Wir sollten das auch nutzen und entsprechende Mittel beim Land beantragen. Der Landkreis Cloppenburg ist ja bekanntlich der jüngste Landkreis Deutschlands. Uns würde es gut zu Gesicht stehen, wenn wir in Sachen Kinderbetreuung auch vorneweg marschieren würden.

Zum Abschluss meiner Ausführungen möchte ich mich im Namen der FDP-Fraktion beim Landrat, Herrn Eveslage, und seinen Mitarbeitern für die geleistete Arbeit bei der Aufstellung des Haushalts 2007 bedanken. Ein besonderer Dank gilt Herrn Lanfermann, der uns sehr detailliert bei den Haushaltsplanberatungen Rede und Antwort gestanden hat.

Die FDP-Fraktion wird dem Haushaltsplan 2007 zustimmen.“

Kreistagsabgeordnete Korfhage – Stellungnahme der Gruppe UBF:

„Zunächst möchte ich Herrn Lanfermann meinen Dank für die gute Vorbereitung und die unproblematische Unterstützung bei der Beratung des Haushalts aussprechen.

Trotz eingehender Beschäftigung mit dem Haushaltsentwurf 2007 ist es der UBF nicht möglich, dem Haushalt zuzustimmen. Die UBF wird sich der Stimme enthalten.

Die UBF begrüßt die Senkung der Kreisumlage.

Wir konnten uns – in der Kürze der Zeit – nicht in allen Punkten eine klare Beurteilung erlauben, da wir nicht in der Lage waren, bestimmte Entwicklungen mitzuverfolgen. Denn die gesamte UBF-Gruppe gehört erst seit November 2006 dem Kreistag an.

Ein Punkt aber, der uns besonders am Herzen liegt, soll hier doch noch Erwähnung finden, denn er spielt im Haushalt 2007 leider so gut wie keine Rolle, und das ist die Umsetzung des Taesausbaubetreuungsgesetzes (TAG). Das Gesetz existiert seit Januar 2005. Die einzigen Punkte im Haushalt, die sich jedoch konkret mit der Umsetzung des TAG beschäftigen, sind ein Zuschuss für die Tagesmütter von 7.000 € und das Kostendefizit des leider immer noch „Modellprojektes“ der Kinderkrippe in Cloppenburg mit 15 Plätzen. In unseren Augen zu wenig Konzept und zu wenig Mittel in zwei Jahren und für mehr als 155.000 Einwohner im „jüngsten Kreis Deutschlands“.

Wir fordern eine endgültige Klärung der Zuständigkeiten und eine pro-Kopf-Pauschale des Kreises im Haushalt für jedes Kind unter 3 Jahren, damit die Gemeinden endlich finanziellen Handlungsspielraum in der Umsetzung des TAG haben.

Wir sollten unser Potenzial, der jüngste Kreis zu sein – auch ein starkes wirtschaftliches Potenzial – nicht länger als Selbstläufer sehen. Wir müssen hier dringend tätig werden, denn laut Untersuchung der Bertelsmann Stiftung verlassen immer mehr junge Leute die Region noch vor Beginn der Familienphase, auch aufgrund der schlechten Betreuungssituation für Kleinkinder. Hier werden nach Meinung der UBF wichtige Chancen für eine gute demographische Entwicklung in unserer Region verschenkt.“

Zu der Aussage von Frau Lüdders, dass die Bewirtschaftungskosten um 30 % gestiegen seien, wies Landrat Eveslage darauf hin, dass nicht pauschal von einer Steigerung die Rede sein könne. Zu berücksichtigen sei, dass auch weitere Liegenschaften dazu gekommen seien, wie z.B.:

Schule für Erziehungshilfe, Außenstelle AMG in Ramsloh, Forum Hansaplatz, Erweiterung der BBS Technik, Erweiterung des CAG.

Der Kreistag beschloss bei 10 Gegenstimmen und 3 Stimmenthaltungen, die Haushaltssatzung nebst Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2007 einschl. Stellenplan und Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2008 bis 2010 zu erlassen und den Finanzplan für die Haushaltsjahre 2008 bis 2010 zur Kenntnis zu nehmen.

21. Anfragen zu den Niederschriften des Kreisausschusses

Auf Anfrage von Frau Korfhage, wurde mitgeteilt, dass sich die Arbeitsgruppe Soziales, die sich mit der Umsetzung des TAG befasst, wie folgt zusammensetzt:

Bürgermeister Focke, als Kreisgeschäftsführer des Nds. Städte- und Gemeindebundes
Bürgermeister Block, Gemeinde Bösel
Bürgermeister Kettmann, Gemeinde Essen
Erster Stadtrat Krems, Stadt Cloppenburg
Erster Stadtrat Vorlauf, Stadt Friesoythe
Erster Kreisrat Frische, Landkreis Cloppenburg

Auf Nachfrage von Frau Nüdling bestätigte Landrat Eveslage, dass die Arbeitsgruppe von der Kreisverwaltung und den Städten und Gemeinden gebildet worden sei. Die Zusammensetzung sei nicht vom Kreistag beschlossen worden. Das Ergebnis der Beratungen der Arbeitsgruppe werde dem Kreistag vorgelegt.

22. Anfragen

Es wurden keine Anfragen gestellt.

23. Mitteilungen

Landrat Eveslage teilte mit, dass er vom Nds. Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz erneut in den Verwaltungsrat der Niedersächsischen Tierseuchenkasse berufen worden sei.

Der Kreistag nahm die Berufung zur Kenntnis.

24. Einwohnerfragestunde

Von der Einwohnerfragestunde wurde kein Gebrauch gemacht.

Vertraulicher Teil:

Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde um 18.35 Uhr geschlossen.

Kreistagsvorsitzender

Landrat

Protokollführerin